



Suchergebnisse: Sonntag

3. März 321 – Der Sonntag wird arbeitsfrei

Rom ? • Der Kaiser Konstantin der Große erklärt den Sonntag, den Heiligen Tag des Christentums und des Mithraskultes, für arbeitsfrei – für „alle Richter und Einwohner der Städte, auch die Arbeiter aller Künste“. Einzig landwirtschaftliche Arbeiten bleiben sonntags erlaubt. Das Edikt des Kaisers gilt als die Geburtsstunde des staatlich geschützten Ruhetags.

3. Juli 321 – Der Sonntag als gesetzlicher Ruhetag tritt in Kraft

Rom ? • Das Dekret Kaiser Konstantin des Großen, in dem er den Sonntag als gesetzlichen Ruhetag im römischen Reich erklärt, tritt in Kraft.

2. Februar 1528 – Zwanzig begnadigte Wiedertäufer müssen Abbitte leisten

München * Von den zwanzig begnadigten Wiedertäufer werden 19 barfuß, barhäuptig, jeder mit einer brennenden Kerze und ein hölzernes Kreuz tragend vor die Peterskirche und die Frauenkirche geführt. Dort müssen sie in Begleitung von Seelschwestern stehen. Die Prozedur wiederholt sich an den beiden folgenden Sonntagen.

7. November 1638 – Die Mariensäule wird feierlich eingeweiht

München-Graggenau * Am ersten Sonntag nach Allerheiligen weiht der Freisinger Fürstbischof Veit Adam von Gepeckh das Marien-Monument auf dem Schrammplatz feierlich ein. Das ist jener Tag, an dem alljährlich in einer großen Gedächtnis-Prozession der Sieg Maximilians I. in der Schlacht am Weißen Berg bei Prag, im Jahr 1620, gegen die aufständischen Böhmen, gefeiert wurde. Auf den Tag genau ist das jetzt 18 Jahre her. Die Münchner Mariensäule ist die erste Madonnen-Säule nördlich der Alpen. Der bayerische Kurfürst hat die Madonnen-Säule als Symbol des durch den Dreißigjährigen Krieg wieder erstarkten katholischen Glaubens und als Ausdruck seiner eigenen tiefen Marienverehrung errichten lassen. Er legt damit ein öffentliches Bekenntnis für seine Religion und seine politische Überzeugung ab. Die Münchner Mariensäule wird zum Vorbild vieler ähnlicher Monumente in Bayern und Österreich.



2. April 1751 – Das Fest des Ordensgründers Francesco di Paola

Au * Die Paulanerpatres feiern jährlich das Fest ihres Ordensstifters, des heiligen Franziskus zu Paula. Acht Tage dauern die Feierlichkeiten an, die üblicherweise am 2. April ihren Anfang nehmen. Fällt dieser Tag in die Karwoche, so werden die Festivitäten auf den ersten Sonntag nach Ostern verlegt. Mit dem Besuch der von den Paulanern betreuten und dem heiligen Carl Borromäus geweihten Pfarr- und Klosterkirche während der Festoktav, können die Gläubigen einen vollkommenen Ablass erlangen. Ein Teil dieses Rituals ist auch die Weihe der in vielerlei Bedrängnis benötigten „Heilig-Vater-Kerzen“. Und weil in dieser Zeit hier ein besonders stark eingebranntes Bier zum Ausschank kommt und sich an dessen Verzehr auch der kurfürstliche Hof beteiligt, entwickelt sich das „Heilig-Vater-Fest“ zu einem richtigen Volksfest - für die Au und für die ganze Stadt. Das Festbier heißt „Herrenbier“ oder „Heilig-Vater-Bier“, „Heilig-Vater-Öl“ oder „Sankt-Vater-Öl“. Für den Ausschank des Bieres ist im Kloster eine eigene Zechstube eingerichtet worden. Die vornehmeren Gäste werden im Stüberl des Bräumeisters bewirtet, wo es oft bis in die späte Nacht hinein recht gemütlich und sehr lustig zugeht.

16. Mai 1772 – Die Menschen sollen arbeiten, nicht feiern!

München - Rom-Vatikan * Papst Clemens XIV. hebt auf Bitten der bayerischen Regierung zwanzig kirchliche Feiertage auf. Bisher gibt es 124 Sonn- und Feiertage, die sich aufteilen in 52 Sonntage, 53 übliche und 19 gebotene Feiertage, was im Schnitt einer Fünf-Tage-Woche entspricht. Abgeschafft werden acht Apostelfeste, dazu die Festtage der Heiligen Anna (26. Juli), Laurentius (10. August), Michael (29. September), Johann Evangelist (27. Dezember), Georg (23. April), Magdalena (22. Juli), Martin (11. November), Katharina (25. November), Nikolaus (6. Dezember), Unschuldige Kindlein (28. Dezember). Dann noch der Osterdienstag und der Pfingstdienstag. Mit der Aufhebung der Feiertage entfällt die Verpflichtung zum Besuch der heiligen Messe am Vormittag und das Fastengebot am Vorabend. Andererseits müssen an den aufgehobenen Feiertagen die Werkstätten und Läden geöffnet werden. Weil die Einhaltung der Verordnung nicht überprüft wird, wird sie auch nicht eingehalten.

15. Februar 1795 – Kurfürst Carl Theodor heiratet Maria Leopoldine von Modena-Este

Innsbruck * Der 70-jährige pfalzbaierische Kurfürst Carl Theodor heiratet am Faschingssonntag, um 18 Uhr, die 52 Jahre jüngere Maria Leopoldine von Österreich-Este. Die Ehe wird im Thronsaal der Innsbrucker Hofburg geschlossen. Erzherzog Ferdinand, der Brautvater, bezahlt das Heiratsgut von 162.000 rheinischen Gulden in einer Summe.



23. Dezember 1802 – Die allgemeine Schulpflicht wird eingeführt

München - Kurfürstentum Bayern * Der Schulzwang, die allgemeine Schulpflicht, für „alle Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre“, wird eingeführt. Wöchentlich müssen von den Eltern dafür 2 Kreuzer bezahlt werden. An diese Grundschulzeit schließt sich für die 13- bis 18-jährigen eine Sonntagsschule an, in der ihnen der Katechismus und weiteres Grundwissen gelehrt wird. Der Staat ist damit für die Erziehung verantwortlich, weshalb er neue Schulen und bessere Lehrer braucht. Dafür werden eigene Lehrerseminare eingerichtet. Die lokale Schulaufsicht liegt freilich weiterhin bei den Pfarrern.

24. April 1803 – Katholische Traditionen werden als Unfug verboten

München * Die „zweckwidrigen Ceremonien am Himmelfahrtstag und Pfingstsonntag“ werden verboten. Gemeint sind das Aufziehen einer Christus-Figur und das Herablassen einer weißen Taube als heiliger Geist.

13. August 1809 – Die Dritte Bergisel-Schlacht beginnt

Tirol * Marschall François Joseph Lefévre glaubt, dass die Tiroler die Sonntagsruhe einhalten und nie in eine Schlacht ziehen würden. Als sich aber die dienstfreie Garnison zum Gottesdienst in der Wiltener Kirche versammelt hat, kommt die Meldung, dass eine große Bauernschar auf der Brennerstraße vorrückt. Die Dritte Bergisel-Schlacht hat begonnen und wird die Dritte Befreiung Tirols bringen. 17.000 Tiroler stehen einer etwa gleich großen bayerischen Streitmacht gegenüber. Nach zwölf Stunden ist die Schlacht beendet. 100 tote Tiroler und mindestens 200 tote Bayern fordert der Kampf.

2. Februar 1817 – Graf Maximilian Joseph von Montgelas erhält seine Entlassungsurkunde

München-Kreuzviertel * Mit den Worten: „Sonntag um elf Uhr werde ich mich bei Ihnen einfinden; adieu mon cher Montgelas. Ich hoffe, Sie in besserer Gesundheit anzutreffen, als ich Sie verlassen habe“, hat der bayerische Herrscher sein Kommen für den 2. Februar 1817 angekündigt. Doch statt dem König fährt ein Bote mit der Entlassungsurkunde in der Tasche in das Palais am Promenadeplatz. Der abgesetzte Minister erhält nicht einmal die Gelegenheit, sich zu den Vorwürfen zu äußern. Das Kündigungsschreiben ist so formuliert, als hätte der Graf selbst aus



gesundheitlichen Gründen gebeten, „ihn der ganzen Last der ihm bisher anvertrauten Staatsämter zu entheben“. Graf Maximilian Joseph von Montgelas schweigt nach der Überreichung des Schreibens erst einmal eine Viertelstunde und äußert sich dann nur über die - aus seiner Sicht - viel zu niedrige Höhe der Pension. 30.000 Gulden erhält der Neurentner, statt der 36.000 Gulden, die er als aktiver Minister erhalten hat. Das ist also der Dank des Hauses Wittelsbach für den Mann, der ihnen in jahrzehntelanger Arbeit das Land vergrößerte, einen modernen Staat geschaffen und die Königskrone errungen hatte. Doch für Kronprinz Ludwig ist der Minister, der Baiern geformt, reformiert und modernisiert hat, einfach zu „unteutsch“. In dieser Zeit kursieren zudem Schmähschriften, in denen Montgelas unterstellt wird, er sei nur ein „halber Baier“ und gehöre der alles unterjochenden französischen Nation an. Als Ernestine von Montgelas nach der Entlassung ihres Mannes als Minister die Gruppierung der Verschwörer an der Hof Tafel beschimpft, erhält sie lebenslanges Hofverbot. Kein Wunder, dass der ansonsten denkmalgeile König Ludwig I. dem Architekten des modernen Baiern kein Bronzestandbild setzen lässt, wohl aber seinem Mitverschwörer Fürst Carl Philipp von Wrede. Danach bewirkt eine deutsch-national gestimmte bayerische Geschichtsschreibung, dass Montgelas bei den Bayern in keinem guten Andenken bleibt. Nach der Entlassung des Grafen Maximilian Joseph von Montgelas werden die Ministerien neu aufgeteilt. Das Portefeuille des Äußeren erhält Alois Graf von Rechberg, das des Inneren Friedrich Graf von Thürrheim und das der Finanzen Maximilian Freiherr von Lerchenfeld.

3. Oktober 1819 – Die Stadt München übernimmt die Organisation des Oktoberfestes

München-Theresienwiese * Nachdem mit dem Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wieder hergestellt worden war, übernimmt die Stadt München die Organisation und Finanzierung des Oktoberfestes. Der Beginn des Oktoberfestes wird auf den ersten Oktober-Sonntag vorverlegt. Für das Ende wird der 12. Oktober, der Namenstag des Königs, festgelegt. Eine städtische Tribüne wird direkt gegenüber dem Königszelt aufgebaut, um - sozusagen auf gleicher Augenhöhe mit dem Herrscherhaus - das Festgeschehen beobachten zu können.

Oktober 1829 – Ein früherer Wiesnbeginn wird vorgeschlagen - und abgelehnt

München-Theresienwiese * Wegen der oft ungünstigen Witterung im Oktober wird für den Wiesnbeginn der 3. Sonntag im September vorgeschlagen. Der Magistrat lehnt dieses Ansinnen mit der Begründung ab: „Weil bey dem Oktober-Feste die umliegenden änger vieler



Privater begangen und befahren werden, was den bestehenden Kulturverordnungen gemäß vor Michaeli um so weniger geschehen darf, da in hiesiger Gegend das Grumet vor Ende September nicht eingebracht wird“.

20. April 1832 – Einladung für ein Volksfest auf dem Hambacher Schloss

Neustadt * 32 Neustadter Bürger laden zu einem Volksfest ein, das der „politischen Diskussion über die Gestaltung eines demokratischen Nationalstaats und über die Mittel zu seiner Durchsetzung“ gewidmet ist. Der Kreis der Einladenden für das „Volksfest auf dem Hambacher Schloss“ setzt sich überwiegend aus wohlhabenden Geschäftsleuten und Gutsbesitzern zusammen. Als äußeres Zeichen dafür, dass das Fest einem künftigen und nicht bereits erreichten politischen Ziel gilt, wird es vom bayerischen Verfassungstag am 26. auf den 27. Mai verschoben. Das ist zudem ein Sonntag und damit für die arbeitende Bevölkerung ein wesentlich günstigerer Termin. Ausdrücklich werden auch die Frauen zu dieser politischen Versammlung aufgerufen.

9. September 1839 – Vorschriften für Kinderarbeit in Fabriken in Preußen

Berlin - Königreich Preußen * Das „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ in Preußen tritt in Kraft. Danach dürfen Kinder unter 17 Jahren erst dann arbeiten, wenn sie nachweisen können, dass sie eine dreijährige Schulbildung genossen haben. Unternehmer umgehen diesen Punkt jedoch leicht, wenn sie eine Fabriksschule führen. Diese sind dann aber mehr Alibischulen. Kinder unter 17 dürfen nicht mehr als zehn Stunden täglich arbeiten. Die Ortspolizei kann jedoch die Arbeitszeit für maximal einen Monat erhöhen. Zwei Pausen von mindestens 15 Minuten und eine einstündige Mittagspause müssen eingeräumt werden. Sonntags- und Feiertagsarbeiten sowie die Nachtschicht ist für Kinder völlig verboten. Fabrikbesitzer haben Buch über die Kinder in ihren Unternehmen zu führen. Nichteinhaltung der Vorschriften werden mit Geldstrafen geahndet. Die Vorgaben gelten nicht für Arbeiterkinder in der Landwirtschaft. An das Gesetz zum Schutze der Fabrikkinder halten sich allerdings die wenigsten Unternehmer. Das liegt zum einen an den noch nicht vorhandenen Gewerkschaften, die sich für die Fabrikkinder einsetzen, zum anderen an der fehlenden Kontrolle. Selbst die Geldstrafen sind so niedrig, dass sie nicht ernstgenommen werden.

16. Oktober 1842 – Ein Festzug mit Brautpaaren bewegt sich auf die Theresienwiese



München - München-Theresienwiese * An diesem Sonntag versammeln sich 35 Brautpaare, die aus den acht Regierungsbezirken des Königreichs Bayern stammen, samt ihren Eltern oder deren Stellvertreter, mit den Trauzeugen und der sonst an jedem Ort üblichen Begleitung eines Brautuges. Sie werden in der katholischen Michaelskirche beziehungsweise der evangelischen Matthäus-Kirche verehelicht. Nach einem gemeinsamen Mittagssmahl im Saal des Alten Rathauses bewegt sich der etwa 400 Personen umfassende und in den unterschiedlichen Trachten gekleidete „Hochzeiter“-Zug zur Theresienwiese, in die die 24 katholischen und elf protestantischen Brautpaare in bayerischer Tracht einbezogen werden. Das Kronprinzenpaar eröffnet das Oktoberfest. Danach wohnen die Brautpaare gemeinsam mit der Herrscherfamilie dem Hauptpferderennen und der Preisverleihung des Landwirtschaftsfestes bei.

27. Februar 1848 – Die Märzforderungen werden erstmals erstellt

Mannheim * Mit Bekanntwerden der Februarrevolution in Frankreich verstärken sich die politischen Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung am politischen Leben. Die Bevölkerung Mannheims reagiert als erste auf die Nachrichten aus Paris. An diesem Tag, einem Sonntag, kommen hier 2.500 Menschen zu einer Volksversammlung zusammen. Sie beraten über eine Petition, die erstmals die vier Forderungen beinhaltet, die als Märzforderungen in alle künftigen Petitionen eingehen: Pressefreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte und ein nationales Parlament.

19. März 1861 – Der Salvator-Ausschank beginnt um den Josephytag

München-Au * Der Ausschank des Auer Starkbieres beginnt nun regelmäßig an einem Sonntag um den Josephytag, dem 19. März.

1870 – Die Sonntags- und Feiertagsarbeit nimmt ständig zu

München * Die Sonntags- und Feiertagsarbeit nimmt ständig zu.

25. September 1881 – Metzgermeister Johann Rössler brät einen ganzen Ochsen

München-Theresienwiese * Der Metzgermeister Johann Rössler kommt mit einem selbst



entworfenen Apparat aufs Oktoberfest. In einem Plakat beschreibt er die neue Attraktion: „Auf der Theresienwiese. Seltene Volksbelustigung! Das Braten eines ganzen Ochsen. Sonntag, den 25. September 1881 wird ein ganzer Ochse auf einer eigens dazu construirten Maschine am Spiess gebraten. Anfang der Zubereitung Früh 8 Uhr. Beginn des Bratens 9 Uhr. Das Garsein wird auf Abends halb 5 Uhr festgesetzt und wird durch drei Böllerschüsse bekannt gegeben. Preis per Portion 50 Pfg. Entrée 50 Pfg. Von 2 Uhr an Musik-Produktion. Ausschank von gutem, alten Hacker-Bier. Die Maschine steht von Montag, den 26. September an gegen Entrée von 10 Pfg. ausgestellt, Wozu ergebenst einladen die Unternehmer J. Rössler & A. Schibanek.“ Die Ochsenbraterei wird in den Polizeiberichten als „Schaustellung“ und nicht als gastronomischer Betrieb geführt.

1884 – „Propaganda- und Reklamefahrten

München * In der Münchner Presse erscheint die nachstehende Nachricht: „Dem die Maximilianstraße in München entlang prominierten Publico bot sich gestern, Sonntag mittag um 12 Uhr, ein ebenso viel Entrüstung als Ärgernis erregendes Bild dar. Auf einem doppelsitzigen Veloziped bewegte sich ein Pärchen in rascher Fahrt durch die Straßen. Das Pärchen bestand aus einem Mannsbilde und einer - Donna, letztere in einem geblühten leinenen Rock, durch den die stampfenden, das Vehikel in Bewegung setzenden Beine sich jedem, so er darauf erpicht war, leicht präsentierten. Ohne Scham, stolz wie eine Amazone, ließ die holde Donna sich männiglich mustern, ihre Fahrt ungeniert fortsetzend. Wir fragen nun: Ist dies die neueste Art von Velozipedsport? Darf auf solche Art dem öffentlichen Sittlichkeitsgefühl ungestraft ein Faustschlag ins Gesicht versetzt werden? Endlich: Wo bleibt die Polizei, die hier ein erfolgreiches Feld für ihre Tätigkeit finden dürfte?“ Die beschriebene Dame ist die Ehefrau von Josef Stanigel, des Inhabers der Ersten Münchner Velozipedfabrik, in der ab dem Jahr 1883 Fahrräder gekauft werden konnten. Gemeinsam mit seiner Frau unternimmt Josef Stanigel Propaganda- und Reklamefahrten durch München und zu den umliegenden Bierkellern. Er trägt dabei einen karierten Anzug, sie eine Pumphase und eine Jacke mit weiten Ärmeln. „Ja schamts eich denn net, so Maschkera z'gehn?“, werden die Radler beschimpft. Für die „damische Radlerin“ gibt es noch stärkere Sprüche: „A so a ausgschaamte Person, de soll doch bei de Kinder dahoam bleibn! Vom Radl sollt ma's obehau'n!“

13. Juni 1886 – Ex-König Ludwig II. und Dr. Gudden werden tot aufgefunden

Schloss Berg * Am Pfingstsonntag gegen 18.30 Uhr treten der abgesetzte und entmündigte König Ludwig II. und der Leiter der Kreisirrenanstalt von München und Oberbayern, Professor Dr.



Bernhard von Gudden, einen Spaziergang an. Nachdem sie um 20 Uhr noch immer nicht zum Abendessen erschienen sind, beginnt man mit der Suche. Gegen 23 Uhr findet man die Leiche des Ex-Königs auf dem See schwimmen, das Gesicht nach unten. Nur ein paar Meter entfernt treibt der tote Dr. Gudden. Bei der Leichenschau finden sich an Ludwig II. keine Verletzungen, jedoch im Gesicht des 61-jährigen Psychologen Kratzwunden über dem rechten Auge. An der Stirn wird eine Beule festgestellt. Ein Fingernagel ist abgerissen und am Hals finden sich Würgemale. Das Volk gibt die Schuld an der Königstragödie dem Prinzregenten.

1887 – Das Gartenlokal Rosenau wird eröffnet

Milbertshofen * Die Rosenau, ein Gartenlokal in der Schleißheimer Straße 128, wird eröffnet. Es wird besonders an den Wochenenden von Soldaten und ihren Liebschaften frequentiert.

24. März 1888 – Der Starkbierausschank wird um einen Tag verlängert

München-Au * Nach einer Übereinkunft aus dem Jahr 1833 endet der Ausschank des Märzenbocks [= Salvator] auf dem Nockherberg am Samstag vor dem Palmsonntag, da dann die Karwoche beginnt. Die Schmederer-Brauerei möchte jedoch den Umsatzausfall ausgleichen, der durch die Schließung während der Beisetzung Kaiser Wilhelms I. am 16. März entstanden ist. Sie beantragt deshalb, den Starkbierausschank um einen Tag zu verlängern. Die Behörden genehmigen die Verlängerung.

1890 – Werbung: „Auftreten einer Komiker- und Sängergesellschaft“

München-Isarvorstadt * Die Kapuziner-Brauerei wirbt mit „Jeden Samstag und Sonntag Auftreten einer Komiker- und Sängergesellschaft“.

1891 – Italienische Sammelklassen in der Haidhauser Wörthschule

München-Haidhausen * Insgesamt 80 Italiener werden in einer Sammelklasse in der Haidhauser Wörthschule unterrichtet. „Einer allgemeinen Fortbildungsschule konnte man sie nicht zuführen, da sie der deutschen Sprache nicht mächtig waren. Für sie bildete man eine eigene Klasse an der Wörthschule und erteilte ihnen abends und an Sonntagen acht Stunden wöchentlich Unterricht.“ In München gab es - im Gegensatz zu den meisten anderen Großstädten im Reich -



diese äußerst fortschrittliche Einrichtung, in der italienisch-kundige bayerische Lehrer zwei- bis dreimal in der Woche in den Fächern Geographie, Kalligraphie, Rechnen, Deutsch und Religion unterrichteten. Durch das Erlernen der deutschen Sprache sollte eine Integration hierzulande erleichtert werden, durch das Fach Geographie, in dem ausschließlich italienische Landeskunde gelehrt wurde, die Bindung zur Heimat gewahrt bleiben. Da ein Mann in Italien erst dann als vollberechtigter Staatsbürger galt, wenn er vor einem Notar seinen Namen schreiben konnte, war der Schreibunterricht für eine Wiedereingliederung in der Heimat von besonders großer Wichtigkeit. Da die Schule von den weit außerhalb gelegenen Ziegeleien jedoch oft nur in mehrstündigen Fußmärschen zu erreichen war, und auch die Akkordanten nicht einmal für die Zeit der Schulstunden auf ihre billigsten Arbeitskräfte verzichten wollten, konnte nur eine begrenzte Anzahl der italienischen Kinder die Schule an der Wörthstraße besuchen.

1. Juni 1891 – Die Sonntagsruhe wird gesetzlich festgelegt

Deutsches Reich * Die Novelle der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich tritt in Kraft. In ihr wird die Sonntagsruhe gesetzlich festgelegt bzw. deutlich ausgeweitet: Einführung der verpflichtenden Sonntagsruhe für Arbeiter, Klare Regeln zur Einschränkung von Sonntagsarbeit, Festlegung von Ausnahmen und Ersatzruhetagen. Damit wird Zeit für Freizeitvergnügungen geschaffen, wodurch sich ein umfangreiches Vergnügungsleben entwickelt. Varietés, Volkssängerbühnen, Panoptiken, Panoramen, Velodrome, Hippodrome, Vergnügungsparks, Zirkusse, Dioramen oder Wachsfigurenkabinette sowie viele andere Einrichtungen zur Unterhaltung etablierten sich dadurch.

1. Juni 1891 – Das Gewerbegerichtsgesetz tritt in Kraft

München * Das Gewerbegerichtsgesetz tritt in Kraft. In ihm ist festgelegt, dass Arbeitsstreitigkeiten vor einem Gewerbegericht ausgehandelt werden können. Zudem verbietet es die Sonntagsarbeit und regelt die Kinderarbeit.

1895 – Der arbeitsfreie Sonntag wird im Kaiserreich gesetzlich verankert

Berlin * Der arbeitsfreie Sonntag wird im Kaiserreich gesetzlich verankert.



1897 – Die Gesellschaft Hausmüllverwertung München

München - Puchheim * Die Stadtverwaltung schließt mit der Gesellschaft Hausmüllverwertung München einen Vertrag, worin sich die Stadt verpflichtet, dieser Gesellschaft den gesamten Hausunrat ohne Ausnahme zur Trennung in verwertbare und nicht verwertbare Teile zu überlassen. Die Gesellschaft baut dafür in Puchheim eigens eine entsprechende Anlage. Die Stadt sorgt dafür, dass der Müll mit der Eisenbahn nach Puchheim transportiert wird. Aufgabe der Gesellschaft ist es, aus dem Hausmüll landwirtschaftlich verwertbaren Dünger herzustellen und die hierfür nicht geeigneten Bestandteile des Mülls „hygienisch einwandfrei zu verwerten“. Ausgesondert werden Glas, Papier, Knochen, Lumpen und Metalle, außerdem Gummi, Kork und Holz. Was übrig bleibt, wird auf unfruchtbarem Moorgrund aufgeschüttet. Nach Darstellung der Süddeutschen Sonntagspost ist danach der Moorboden so fruchtbar, dass darauf sogar Futterrüben angebaut werden können.

1900 – Einstellungsbedingungen für Frauen im Fernsprehdienst

München * Für Frauen im Fernsprehdienst gelten folgende Einstellungsbedingungen: „Die Bewerberinnen - Mädchen oder kinderlose Witwen - müssen zwischen 18 und 25 Jahre alt sein, eine gute häusliche Erziehung erhalten und sich sittlich tadellos geführt haben, von entstellenden Gebrechen frei und körperlich vollkommen gesund sein, namentlich ein gutes Seh- und Hörvermögen sowie normale Atmungswerkzeuge besitzen und nicht zu Ohrenleiden, Nervosität und Bleichsucht neigen. Zur Einstellung als Telegraphengehülfin ist im allgemeinen eine Körpergröße von mindestens 158 cm erforderlich. Die Bewerberinnen dürfen keine Schulden haben. Es können in der Regel nur solche Bewerberinnen angenommen werden, welche in dem Orte der Beschäftigung dauernd festen Familienanhalt durch nahe Verwandte haben und bei diesen wohnen. Ausnahmen hiervon unterliegen der Genehmigung der Ober-Postdirektion. [...] Die Beschäftigung ist eine widerrufliche und gewährt keinen Anspruch auf Zulagen, Unterstützungen usw. Die Verheiratung hat den Verlust der Stelle zur Folge.“ Neben den günstigen Lohnkosten werden die Damen auch wegen ihrer - als weibliche Sozialisation beschriebenen - geschlechtsspezifischen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen, Aufmerksamkeit, Genauigkeit, Höflichkeit, Geduld, einfach „die ausgleichenden und vermittelnden Qualitäten der Frau“, eingestellt. Gerade in der Anfangsphase des Vermittlungsdienstes müssen die Frauen die Pannen, Störungen und Kapazitätsprobleme der Technik mit ihrer „natürlichen Veranlagung“ ausgleichen. Sie kommen meistens aus gutem Hause, sind unverheiratet, besitzen eine ordentliche Schulbildung - zum Teil sogar mit Fremdsprachenkenntnissen - und verfügen über einen einwandfreien Leumund. Mit diesen Voraussetzungen garantieren sie ein adäquates Benehmen im Umgang mit den „sozial hochgestellten Telefonabonnenten“. Aus einer



Vielzahl von Bewerberinnen können die bestqualifiziertesten Frauen ausgewählt werden, die aufgrund ihrer Vorbildung, Sozialisation und Jugend als hoch motivierte Arbeitskräfte mit wenig anderen Berufs- oder Aufstiegschancen anerkannt sind. Die jungen Damen haben eine Aufnahmeprüfung in Rechnen, Geographie und Aufsatz zu absolvieren. Nach einer halbjährigen Probezeit müssen sie eine mündliche Prüfung ablegen und praktisch beweisen, dass sie Telefon- und Telegrafengeräte bedienen können. Die Tätigkeit in der Telefonvermittlung wird jetzt als dauerhafte Beschäftigung für Frauen verstanden. Wie schwer der Beruf der Telefonistin war, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, beispielsweise von der Größe der Stadt und der Art der Vermittlungsstelle. Die Arbeit einer Ortsvermittlungskraft gilt als monoton und - darüber sind sich die Arbeitsmediziner einig - stellt hohe Anforderungen an das Nervensystem. „Eine über mehrere Jahre tätige Telephonistin musste einfach hysterisch werden“. Die wöchentliche Arbeitszeit schwankt - je nach Schwere des Dienstes - zwischen 42 und 48 Stunden, nur jeder dritte Sonntag ist frei. Die Dienstschicht dauert elf Stunden; Urlaub gibt es keinen. Der Durchschnittsverdienst einer Telefonvermittlungskraft liegt etwas über dem von weiblichen Kaufhausangestellten und etwas unterhalb der Einkünfte von Lehrerinnen. Nur einzelne Kräfte können zur Aufsicht aufrücken. Während des Dienstes ist das Tragen einer einheitlichen Dienstbluse aus dunkelblauem Stoff vorgeschrieben, da man befürchtet, dass „bei der Eigenart der weiblichen Natur nur zu leicht ein gegenseitiges Überbieten in der äußeren Erscheinung Platz greifen würde“.

26. August 1900 – Weitere Briefe von der Niederschlagung des Boxer-Aufstandes in China

Berlin - Provinz Shandong - China * In einem anderen Brief eines deutschen Soldaten, der an der Niederschlagung des Boxer-Aufstandes in China teilgenommen hat, heißt es: „68 Gefangene sind gezwungen worden, ihr eigenes Grab zu schaufeln; dann wurden sie mit den Zöpfen aneinander gebunden, worauf sie erschossen wurden und rückwärts in das Grab fielen.“ Oder ein anderer Bericht, der besagte: „Am Sonntagnachmittag haben wir 74 Gefangene mit dem Bajonett erstechen müssen.“

1904 – Der Kocherlball wird aus Mangel an Sittlichkeit polizeilich verboten

München-Englischer Garten - Lehel * Der sogenannte Kocherlball am Chinesischen Turm im Englischen Garten wird aus „Mangel an Sittlichkeit“ polizeilich verboten. Bis dahin vergnügten sich sonntags ab fünf Uhr früh die Diensthelfer.



17. September 1904 – Ein früherer Wiesnbeginn wird festgelegt

München-Theresienwiese * Nach einem Beschluss des Magistrats soll der Hauptsonntag des Oktoberfestes - die Allerhöchste Genehmigung immer vorausgesetzt - in der Zeit zwischen dem 28. September und dem 4. Oktober liegen. Das bedeutet einen um eine Woche früheren Wiesnbeginn.

22. Januar 1905 – Zaristische Truppen erschießen zahlreiche Demonstranten in Petersburg

Petersburg * Der Petersburger Blutsonntag. Zaristische Truppen erschießen zahlreiche Demonstranten einer friedlichen Kundgebung in Petersburg.

1911 – Die katholische Kirche verlegt Heiligenfeste und Patrozinien auf Sonntag

Königreich Bayern * Auf Drängen der bayerischen Industrie verlegt die katholische Kirche zwei Heiligenfeste und sämtliche Patrozinien der Kirchen- und Ortspatrone auf Sonntage; drei Marienfeiertage werden sogar ganz gestrichen.

2. August 1914 – Am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten

München * Die Militärpflichtigen nutzen am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten. Denn an diesem 2. August hatten sowohl die Geschäfte, wie auch die Standesämter geöffnet. Im August 1914 heiraten rund vier Mal so viele Paare wie im April. Und auch die katholischen Kirchen sind voll. Man nutzte die Zeit zum Beichten und zur Kommunion.

27. Januar 1918 – Kaiser Wilhelm II. feiert seinen Geburtstag mit kirchlichem Segen

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. feiert an einem Sonntag bei Kaiserwetter seinen 59. Geburtstag. Von vielen Kanzeln wird gepredigt: „Möge ihn der Herr segnen wie er auch uns segnet.“ Dabei werden die lauterer Absichten des „Friedensfürsten“ herausgestellt, „der seine Friedenshand immer wieder gereicht, die [aber] vom Feinde so schmachlich zurückgewiesen“ wurde. Der Kaiser, der „auch in Zukunft allen Stürmen, mögen sie noch so verheerend toben, unerschrocken entgegen sehe“.



10. März 1918 – Aufhebung der Sonntagsarbeit in den Rüstungsbetrieben

München * Die Sonntagsarbeit in den Rüstungsbetrieben wird aufgehoben.

3. November 1918 – Neun Tote und 29 Verletzte nach einer Schießerei auf Demonstranten

Kiel * Als die Matrosen am Sonntag im Kieler Gewerkschaftshaus weiter diskutieren wollen, finden sie dieses verschlossen und von bewaffneten Posten bewacht. Die Matrosen versammeln sich deshalb auf einem Exerzierplatz. Tausende Arbeiter schließen sich ihnen an. Sie hören Reden und diskutieren miteinander. Dann formiert sich ein großer Demonstrationzug. An einer Straßenkreuzung wird der Demonstrationzug von einer Patrouille unter Leitung eines Leutnant Steinhäuser aufgehalten und zum „Auseinandergehen!“ aufgefordert. Als das die Demonstranten nicht befolgen, kommt der Befehl „Feuer!“. Das Resultat sind neun Tote und 29 Verletzte. Ein bewaffneter Matrose stürzt auf Leutnant Steinhäuser und erschießt ihn. Nun gibt es kein Zurück. Das ist der Startschuss für die deutsche Revolution.

9. November 1918 – Ein Tanzvergnügen am Totensonntag

Konstanz * In den Konstanzer Nachrichten erscheint ein Artikel, in dem es um ein Tanzvergnügen am gerade zurückliegenden Totensonntag in der Industriestadt Singen geht: „Im Nebenzimmer einer hiesigen Wirtschaft wurde am Sonntagabend ein Tanzvergnügen (!) durch die Schutzmannschaft gestört; etwa 40–50 Personen, unter ihnen halbwüchsige Burschen, Mädchen und sogar Kriegerfrauen, deren Männer im Felde stehen, tanzten nach den Weisen einer Ziehharmonika trotz dem Ernste der Zeit, trotz Krieg, Elend, Epidemie und was heute sonst noch die Menschheit heimsucht. Auch der Seelensonntag störte die saubere Gesellschaft nicht.“

8. Dezember 1918 – Die politisch-satirische Zeitung Rote Hand wird verboten

München * Die politisch-satirische Zeitung „Rote Hand“, Untertitel: „Führendes Organ für national-anarchistische Gschafthuberei“, erscheint erstmalig im Straßenhandel. Polizeipräsident Josef Staimer lässt den Druck einstellen und das weitere Erscheinen verbieten. Er begründet die Maßnahme mit der „Übertretung der Sonntagsruhe“.

5. Januar 1919 – Vom Nordturm der Frauenkirche flattern anti-bolschewistische Flugblätter



München-Kreuzviertel * Vom nördlichen Turm der Frauenkirche flattern angeblich Flugblätter der Bayerischen Volkspartei - BVP, die einen Aufruf gegen den Bolschewismus enthalten. Daraufhin stürmen etwa fünfzig Personen in die Frauenkirche, beschimpfen die Kirchgänger, stören den sonntäglichen Gottesdienst und randalieren in der Sakristei. Eine Durchsuchung der Türme bringt jedoch kein Ergebnis.

12. Januar 1919 – Die Stimmung des Faschingsonntags, nur ohne Masken

München * Josef Hofmiller notiert über den Wahlsonntag in sein Tagebuch: „Heute Wahl zum Bayerischen Landtag. Gutes, etwas frisches Wetter, heiter und klar, geeignet zu Demonstrationen, von denen aber bis jetzt nicht viel zu bemerken. [...] Die Wahlbeteiligung war sehr stark, die Leute standen an wie um Butter, Zigaretten oder Pferdefleisch. Der Anblick der zahlreichen Frauen und Soldaten in und vor dem Wahllokal fiel auf. [...] Der Anblick der Maximilianstraße hatte etwa die Stimmung des Faschingsonntags (nicht Dienstags!), nur ganz ohne Masken, soweit nicht die ‚Soldaten‘ maskiert waren, die zahlreich herumlaufen und von denen ein großer Teil offenbar noch nie in einer Uniform gesteckt ist. Aber die vielen Plakate in allen möglichen Farben, sehr schreiend, erinnerten an diejenigen der karnevalistischen Unterhaltungen. Die Parteien rückten vielfach mit einer Art Musik an, Trommel, auch dünnem Blechorchester, Knaben trugen Plakate an Stangen, dann kamen Soldaten mit roten Fahnen, dann Reiter auf roten Sätteln, hinterher eine Rotte ganz kleiner Jungen. Durchschnitt fünf bis sieben Jahre, genau wie an Fasnacht.“

6. April 1919 – Verwirrung um Ministerpräsident Johannes Hoffmann

München * Der Liberale Ernst Müller-Meinigen leitet eine Dringlichkeitssitzung des Ältestenrats des Bayerischen Landtags. In seinem Tagebuch vermerkt er die Vorgänge: „Die Sachlage spitzte sich immer mehr zu. Wir waren gewärtig, jede Stunde als Geisel eingesteckt zu werden. Trotzdem beschlossen die Ältesten, am Sonntag [= 6. April] nochmals im Landtag zusammenzutreten, dann aber in Privatwohnungen die Beratungen fortzusetzen. Die wildesten Gerüchte verbreiteten sich, er [Ministerpräsident Johannes Hoffmann] sei in die Schweiz geflohen. Niemand wusste, wo er weilte, da er am Samstag [= 5. April] kein Wort über eine beabsichtigte Reise verlor. Allgemeine Verwirrung!“

11. April 1919 – Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung werden geschmiedet



Bamberg * Der Kommandant der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, arbeitet gemeinsam mit Ministerpräsident Johannes Hoffmann und dem Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung aus. Dieser soll - so die Absprache - in der Nacht vom 15. zum 16. April erfolgen. Ministerpräsident Hoffmann zögert noch, da er nicht mit Waffengewalt gegen Münchner Arbeiter und Sozialisten vorgehen möchte. Militärminister Ernst Schneppenhorst möchte einen „klinischen Putsch“ durchführen. Darunter versteht er den Sturz der Regierung durch eine militärische Überrumpelung ohne großes Blutvergießen.

13. April 1919 – Der Aktionsausschuss besetzt alle öffentlichen Gebäude

München * Noch in der Nacht besetzt der Aktionsausschuss alle öffentlichen Gebäude und die Standquartiere der Republikanischen Schutztruppe (Luitpold-Gymnasium, Kirchenschule und Stieler Schule). Damit ist am Abend des Palmsonntag nicht die Wiedereinsetzung der Regierung Hoffmann, sondern die Übernahme der Regierung durch die Kommunisten erreicht.

13. April 1919 – Landauer, Toller und Klingelhöfer bieten ihre Mitarbeit an

München * Gustav Landauer gibt eine öffentliche Erklärung ab, in der er die neue Lage anerkennt und seine Mitarbeit anbietet. Gleiches gilt für Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer.

13. April 1919 – Gegenrevolution in Rosenheim niedergeschlagen

Rosenheim * Die Gegner der Revolution wollen in Rosenheim die Räterepublik beseitigen. Sie müssen sich jedoch zurückziehen, als rätetreue Soldaten aus München mit dem Zug eintreffen.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch ist gescheitert

München - Freistaat Bayern * Der Palmsonntag-Putsch ist gescheitert. Zurück bleibt die Erkenntnis, dass der erste militärische Schlag gegen die Räterepublik missglückt ist und die gewählte Regierung Hoffmann eine bittere Niederlage einstecken musste.

13. April 1919 – Mitteilung der Werbezentrale des Freikorps Epp



Ohrdruf * Die Werbezentrale des Freikorps Epp veröffentlicht ein Flugblatt mit folgendem Inhalt: „Vertraulich! Nicht auf bayr. Boden mitnehmen! Ministerpräsident Hoffmann hat das Versprechen gegeben, dass die Werbung für das Freikorps zwar nicht offiziell erlaubt würde, dass aber weitere Schwierigkeiten den Werbern nicht gemacht werden sollten. [...] Es ist anzunehmen, dass dagegen der bayr. Mil. Minister alles versucht wird, um die Werbung zu hemmen.“

13. April 1919 – Bewaffnete Soldaten dringen in das Erzbischöfliche Palais ein

München-Kreuzviertel * Fünf mit Handgranaten und Pistolen bewaffnete Soldaten, die sich als Beauftragte der Militärpolizei ausgeben, dringen an diesem Palmsonntag, um 1:30 Uhr, in das Erzbischöfliche Palais ein, um Michael von Faulhaber zu verhaften. Die Soldaten durchsuchen das ganze Gebäude, können den Bischof aber nicht finden, weil sich dieser bereits seit dem 11. April in Freising aufhält.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch der Regierung Hoffmann

München-Maxvorstadt * Bewaffnete Mitglieder der Republikanischen Schutztruppe unter der Führung von Alfred Seyfferitz dringen - entgegen der ursprünglichen Abmachung - bereits in der Nacht zum Palmsonntag in das Wittelsbacher Palais ein und verhaften den Wohnungskommissar Dr. Arnold Wadler und die USPD-Volksbeauftragten August Hagemeister und Fritz Soldmann. Auch der Ex-Minister Dr. Franz Lipp wird festgenommen. Er hatte sich trotz seiner Entlassung Zutritt in sein ehemaliges Ministerium verschafft. Insgesamt werden 13 Personen verhaftet. Ernst Toller wird rechtzeitig gewarnt und kann so seiner Festnahme entkommen.

13. April 1919 – Erich Mühsam wird verhaftet und nach Eichstätt gebracht

München * Um vier Uhr früh wird auch Erich Mühsam von Angehörigen der Republikanischen Schutztruppe aus seinem Bett heraus verhaftet. Alle Festgenommenen werden zum Hauptbahnhof gebracht und von dort sofort mit der Bahn nach Eichstätt gebracht, wo sie in der Willibaldsburg inhaftiert werden.

13. April 1919 – Die Verstärkung für den Palmsonntag-Putsch wartet in Ingolstadt



München-Maxvorstadt - Ingolstadt * Die Republikanische Schutztruppe hat sich im Hauptbahnhof verschanzt. Ihr Anführer, Alfred Seyfferitz, wartet dort auf die versprochene Verstärkung aus Ingolstadt. In Ingolstadt befindet sich zu diesem Zeitpunkt der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, der dort mit 600 Soldaten auf das Eintreffen der Nachricht aus München hofft, dass der erste Teil des Putsches erfolgreich abgelaufen ist, um dann die bayerische Landeshauptstadt einnehmen zu können. Schnepfenhorst wird die Nachricht jedoch nie erhalten, da sein Verbindungsmann am nördlichen Stadtrand von einer Patrouille der Roten Armee abgefangen werden wird.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch scheint geglückt

München * Um 9 Uhr treffen sich Vertreter der gemäßigten Parteien beim Kommandanten der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, zu einer Lagebesprechung. Sie wenden sich gegen dessen Forderung nach Standrecht und Militärdiktatur. Am Vormittag des Palmsonntags scheint der Handstreich geglückt. Doch während in der ganzen Stadt die Absetzung des Revolutionären Zentralrats und die Rückkehr der Regierung plakatiert wird, rufen die Anhänger der Räterepublik zum Widerstand auf. Erste Schüsse fallen.

13. April 1919 – Flugblatt: Verhängung des Kriegszustandes über München

München * Anschläge - mit der Unterschrift „Die Garnison München“ - verkünden die Verhängung des Kriegszustandes über München. Die Entscheidung fällt, nachdem das Leibregiment erklärt, dass es sich in der ganzen Auseinandersetzung neutral verhalten will und eine Unterstützung der Republikanischen Schutztruppe ablehnt.

13. April 1919 – Soldaten und demonstrierende Arbeiterschaft erklären sich solidarisch

München-Theresienwiese * Auf Massenversammlungen am Vormittag auf der Theresienwiese haben sich bereits Teile des 1. und 2. Infanterie-Leibregiments mit der demonstrierenden Arbeiterschaft solidarisch erklärt.

13. April 1919 – Kommunisten besetzen das Waffendepot in der Ausstellungshalle

München-Ludwigsvorstadt * Kommunistische Arbeiter und Soldaten besetzen das Waffendepot in



der Ausstellungshalle auf der Theresienhöhe. nbsp;

13. April 1919 – Eine Demonstration bewegt sich zum Hauptbahnhof

München * Gegen 16 Uhr bewegt sich ein gewaltiger Demonstrationszug durch die Bayerstraße in Richtung Hauptbahnhof. nbsp;

13. April 1919 – Bewaffnete Arbeitermilizien rücken zum Hauptbahnhof vor

München-Maxvorstadt * Mit Maschinengewehre bewaffnete Arbeitermilizien unter der Führung des kommunistischen Matrosen Rudolf Egelhofer und des anarchistischen Schriftstellers Josef Sontheimer rücken am Nachmittag zum Hauptbahnhof vor. Eine aus drei Personen bestehende Abordnung wird gebildet, die mit dem Chef der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, verhandeln sollen. Der Bahnhofskommandant Emil Aschenbrenner lässt die Abgesandten festnehmen und umgehend erschießen. Spätestens in diesem Moment ist eine friedliche Lösung ausgeschlossen. nbsp;

13. April 1919 – Der Hauptbahnhof wird gestürmt

München-Maxvorstadt * Nun nehmen die Belagerer das Bahnhofsgebäude unter Beschuss. Die Schlacht dauert fünf Stunden und fordert 21 Tote und über achtzig Verletzte. Die Belagerer stürmen ab etwa 18 Uhr den Hauptbahnhof. Nach einer mehrstündigen Schießerei, bei der die Angreifer sogar Minenwerfer einsetzen, geben die Putschisten von der Republikanischen Schutztruppe gegen 21 Uhr auf. Ihre Anführer fliehen mit einer Lokomotive nach Ulm. Der Rest der Bahnhofsbesatzung kann durch unterirdische Gänge entkommen. nbsp;

13. April 1919 – Das Luitpold-Gymnasium als Putschisten-Versteck

München-Isarvorstadt * Ein weiterer Teil der Putschisten versteckt sich im Luitpold-Gymnasium an der Müllerstraße. Sie werden von bewaffneten Arbeitern unter der Leitung von Ernst Toller zum aufgeben gezwungen. nbsp;

13. April 1919 – Fürstenfeldbrucker Pioniere werden entwapnet



Fürstenfeldbruck * Sechzig Mann vom 2. Pionier-Bataillon in Fürstenfeldbruck werden noch vor ihrem Einsatz in München entwaffnet. Einzelne treten zur Roten Armee über, die anderen gehen wieder nach Fürstenfeldbruck zurück.

13. April 1919 – Die Verstärkung der Thule-Gesellschaft bleibt aus

München * Die von der Thule-Gesellschaft angebotenen „mehrere hundert Mann“ Unterstützung reduzieren sich auf insgesamt zehn Personen. So aber hat die Republikanische Schutztruppe keine Chance gegen die anstürmenden Räterepublikaner, besonders als die KPD am Nachmittag ihre Anhänger zum Widerstand aufruft.

13. April 1919 – Die Zweite oder Kommunistische Räterepublik wird ausgerufen

München-Graggenau * Noch während der Kämpfe am Hauptbahnhof kommen im Hofbräuhaus die Betriebs- und Soldatenräte zusammen. Sie rufen die Zweite Räterepublik oder Kommunistische Räterepublik aus, erklären den Revolutionären Zentralrat für abgesetzt und übertragen die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt einem 15-köpfigen Aktionsausschuss. Das Gremium, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten. Dieses wählt einen fünfköpfigen Vollzugsrat, dem unter dem Vorsitz von Eugen Leviné, KPD, Wilhelm Duske und Emil Maenner von der USPD sowie Willi Budich und Max Levin von der KPD angehören. Stadtkommandant wird der 23-jährige Rudolf Egelhofer. Levinés Schritt widerspricht der Lagebeurteilung der Berliner KPD-Parteizentrale, die seit den Januarereignissen vor politischen Abenteuern warnt. es wird spätere parteiinterne Kontroversen zur Folge haben.

13. April 1919 – Nächtliche Ruhestörung

München-Haidhausen * Josef Hofmiller beschreibt in seinem Tagebuch die Situation in der Nähe seines Wohnortes an diesem Tag: „Der Nachmittag verlief bei uns in Haidhausen ganz ruhig. Abends, gegen ½ 9 Uhr, hörten wir mehrere starke Schüsse, wie von Artillerie, aber in einiger Entfernung. Um 10 Uhr gingen wir ins Bett. Als hätten die Schweine nur auf diesen Augenblick gewartet, fangen sie plötzlich an, in unmittelbarer Nähe zu schließen, vermutlich aus der Kirchenschule; mit Gewehren, Handgranaten und Maschinengewehren. Die nächtliche Ruhestörung dauerte etwa bis ½ 11 Uhr.“



13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

13. April 1919 – Johann Dosch wird neuer Polizeipräsident

München * Johann Dosch, ein steckbrieflich gesuchter Krimineller, wird neuer Polizeipräsident.

13. April 1919 – Flugblätter verkünden: Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat!

München * Der Generalstreik wird für den nächsten Tag ausgerufen und bürgerliche Zeitungen mit einem Erscheinungsverbot belegt. Flugblätter verkünden: „Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat! Es lebe die Weltrevolution!“



14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann bittet das Reich um militärische Unterstützung

Bamberg * Die im Exil in Bamberg befindliche Regierung Hoffmann bittet nach dem gescheiterten Palmsonntag-Putsch das Reich um militärische Unterstützung im Kampf gegen die Münchner Räteherrschaft.

19. April 1919 – Fake News - Die Propaganda der Gegenrevolution

München - Berlin * Nach dem Palmsonntag-Putsch der regierungstreuen Truppen dominiert außerhalb Münchens die Propaganda der Konterrevolution. Der USPD-Politiker Felix Fechenbach liest Berliner Zeitungen und notiert in sein Tagebuch: „Es ist grauenvoll, was alles über München gelogen wird. Der Bahnhof zertrümmert, die Neuhauser Straße in Flammen, Massenmorde, Vermögensbeschlagnahme und die Erklärung der Frauen des Bürgertums zum Gemeineigentum. [...] Wahr ist von all diesen Nachrichten nicht ein Wort.“

19. April 1919 – Die Regierung Hoffmann genehmigt das Freikorps Oberland

Bamberg - München * Der Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorff erhält nach kurzen Verhandlungen von der Bamberger Regierung die Ermächtigung, in Treuchtlingen das Freikorps Oberland aufzustellen. Das Freikorps Oberland setzt sich aus dem Kampfbund Thule und aus Freiwilligen zusammen, die in Treuchtlingen und Eichstätt angeworben werden.

25. April 1919 – Milde ist Schlappeheit, Gutmütigkeit ist Unzuverlässigkeit

Freistaat Bayern * An die Kommandeure der Regierungstruppen und Freikorps wird folgende Anweisung gegeben: „Die Gruppen haben ihre Aufträge mit Gewalt durchzuführen, jedes Verhandeln mit dem Feinde oder mit der Bevölkerung ist verboten. Milde wird als Schlappeheit, Gutmütigkeit als Unzuverlässigkeit der Truppen gedeutet“. Außerdem erhalten die Regierungssoldaten Belehrungen über die Verkommenheit ihrer Gegner, mit denen sie es in München zu tun haben werden. Eigens ausgebildete Agitatoren bläuen den Soldaten ein, dass die Spartakisten jeden auf der Stelle umbringen, der einen „Noske-Ausweis“ bei sich trägt. Als „Noske-Ausweis“ bezeichnet man umgangssprachlich die Kärtchen, mit denen sich die Regierungssoldaten ausweisen.



26. April 1919 – Die seit Längerem bestehenden Differenzen brechen auf

München-Gruggenau * Im Hofbräuhaus, in dem sich täglich die Betriebs- und Kasernenräte treffen, treten die seit längerer Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen den Kommunisten, Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod einerseits, und den Unabhängigen Sozialdemokraten, Emil K. Maenner, Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer andererseits, offen zutage. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Folge die drei Letztgenannten von ihren Ämtern zurücktreten. Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, erklärt, dass er nicht mehr für Handlungen bereitsteht, die „politischem Diebstahl“ gleichkommen und keine Lust mehr hat, in einem „Marionettentheater“ zu sitzen. Der Kommandeur des Truppenabschnitts I (Dachau), Ernst Toller, betrachtet die jetzige Räteregierung als ein „Unheil für das werktätige Volk“, weil die führenden Männer nur zerstören, ohne das geringste aufzubauen. Deshalb kann er eine weitere Zusammenarbeit mit dem Vollzugsausschuss und dem Generalstab nicht mehr verantworten. Aus den gleichen Gründen will auch der Abschnittskommandant der Roten Armee in Dachau, Gustav Klingelhöfer, seine Ämter niederlegen. Der Bankrat stellt sich geschlossen hinter Emil K. Maenner und bezeichnet die Mitglieder des Vollzugsausschusses als „Hampelmänner“. Mit ähnlich harten Worten wird die „katastrophale Versorgungslage“ von den Anwesenden kritisiert, an der die Regierung Hoffmann nur zum Teil schuld ist. Nach einem weiteren Beschluss der Betriebsräte sollen die Münchner Tageszeitungen - unter Auflage einer Vorzensur - wieder erscheinen können. Während der Sitzung trifft die Nachricht ein, dass im Passamt fünfzig Pässe gestohlen worden sind. Zur Untersuchung des Vorgangs wird daraufhin eine Zehnerkommission gebildet.

27. April 1919 – Die Zehnerkommission berichtet zur Passangelegenheit

München * Das Hofbräuhaus-Parlament tritt auch an diesem Sonntag zusammen. Die am Vortag gebildete Zehnerkommission berichtet den Betriebs- und Soldatenräten über das Ergebnis ihrer Untersuchungen zur sogenannten Passangelegenheit. Die Pässe wurden im Auftrag von Max Levien geholt, „um sie der Bourgeoisie zu entziehen und ihr die Flucht in das Ausland unmöglich zu machen“. Über den Verbleib der Pässe können allerdings keine Aussagen gemacht werden.

2. Mai 1919 – Erich Mühsam zur Ermordung von Gustav Landauer

Ebrach * Erich Mühsam, der beim Palmsonntagsputsch von den Republikanischen Schutztruppen verhaftet und ins Zuchthaus Ebrach gebracht worden war, notiert: „Landauer tot. Ich will und kann es nicht für möglich halten und muss es doch glauben [...]“. Niemand weiß, welcher Geist



hier zerstört ward“.

2. Mai 1919 – Gustav Landauer wird im Gefängnis Stadelheim ermordet

München-Obergiesing * Gustav Landauer wird ins Gefängnis Stadelheim gebracht, wo er von Freikorpsoldaten in grausamster Weise misshandelt und schließlich ermordet wird. Ein Zeuge berichtet: „Am 2. Mai stand ich als Wache vor dem großen Tor zum Stadelheimer Gefängnis. Gegen 1¼ Uhr brachte ein Trupp bayerischer und württembergischer Soldaten Gustav Landauer. Auf dem Gang vor dem Aufnahmezimmer versetzte ein Offizier dem Gefangenen einen Schlag ins Gesicht. Die Soldaten riefen dazwischen: ‚Der Hetzer, der muss weg. D’erschlagts ihn!‘. Landauer wurde dann mit Gewehrkolben an der Küche vorbei in den ersten Hof rechts hinaus gestoßen. Im Hof begegnete der Gruppe ein Major in Zivil, der mit einer schlegelartigen Keule auf Landauer einschlug. Unter Kolbensschlägen und den Schlägen des Majors sank Landauer zusammen. Er stand zwar wieder auf und wollte zu reden anfangen. Da rief ein Vizewachmeister: ‚Geht mal weg!‘. Unter Lachen und freudiger Zustimmung der Begleitmannschaften gab der Vizewachmeister zwei Schüsse ab, von denen einer Landauer in den Kopf traf. Landauer atmete immer noch. Da sagte der Vizewachmeister: ‚Das Aas hat zwei Leben, der kann nicht kaputtgehen!‘. Da Landauer immer noch lebte, legte man ihn auf den Bauch. Unter dem Ruf: ‚Geht zurück, dann lassen wir ihm noch eine durch!‘, schoss der Vizewachmeister Landauer in den Rücken, dass es ihm das Herz heraus riss und er vom Boden schellte. Da Landauer immer noch zuckte, trat ihn der Vizewachmeister zu Tode. Dann wurde ihm alles heruntergerissen und seine Leiche zwei Tage lang ins Waschhaus geworfen“.

4. Mai 1919 – Immer mehr Weiße Truppen rücken in München ein

München * Am Sonntag, dem 4. Mai 1919 herrschte warmes und schönes Frühlingswetter. Immer mehr Weiße Truppen rücken in München ein, darunter Volkswehren aus dem Oberland. Und wieder werden 27 Spartakisten standrechtlich hingerichtet.

1921 – Das Ausflugslokal Die Rosenau wird geschlossen

München-Milbertshofen * Die Rosenau, das Gartenlokal in der Schleißheimer Straße 128, wird geschlossen. Karl Valentin wird das Gartenlokal in seinem Bühnenstück „Das Brilliantfeuerwerk oder ein Sonntag in der Rosenau“ verewigen.



Februar 1921 – Evangelischer Sonntagsgottesdienst im Turnsaal der Kolumbusschule

München-Au * Bis zur Fertigstellung der Martin-Luther-Kirche kann auch im Turnsaal der Kolumbusschule der evangelische Sonntagsgottesdienst abgehalten werden.

2. Oktober 1921 – Das erste Nachkriegs-Oktoberfestes beginnt im Oktober

München-Theresienwiese * Der Beginn des ersten Nachkriegs-Oktoberfestes wird auf den ersten Sonntag im Oktober festgelegt.

5. Mai 1926 – Premiere des Valentin-Bühnenstücks „Das Brilliantfeuerwerk“

München-Graggenau * Premiere des Valentin-Karlstadt-Bühnenstücks „Brilliantfeuerwerk oder Ein Sonntag in der Rosenau“ im „Schauspielhaus“ in der Maximilianstraße 26. Das Stück erlebt 256 Vorstellungen.

August 1929 – Ein „Florida für die Armen“ mitten in Haidhausen

München-Haidhausen * In der Münchner Chronik der Süddeutschen Sonntagspost findet sich eine Reportage über die Vorkommnisse während der besonders heißen „Hundstage“. Ein Journalist beschreibt darin, mit welcher jubelnder Begeisterung die Haidhauser, besonders die Kinder, den neuen Brunnen angenommen haben. „Der Magistrat“, so der Zeitungsschreiber, hat den Kindern „ein kleines Paradies“ spendiert, ein „Florida für die Armen“, mit frischem, kaltem Wasser und einer Fontäneninsel in der Mitte, bei dem eigentlich nur die einladende Tafel „Familienbad für Kinder“ fehlt. Die Kleinen waten „lustig hinein in den Märchenbrunnen zu den dreißig anderen, die da planschen und spritzen, pfeifend und singend, umgeben von einem Kranz wohlwollender erwachsener Zuschauer“. Ein wahres Geschenk, denn die Badeanstalt kostet „ein Zehnerl Eintritt, das man erst haben muß, wenn man es ausgeben will“. Der gelobte Münchner Stadtrat reagiert auf die Hymnen unbeholfen und verlegen. Denn, so die Verlautbarung, er „hat gar nicht gewußt, was die Haidhauser Wirbelköpfe aus seinem Brunnen gemacht haben!“ Und weiter, die „Stadtverwaltung“ hat „es erst erfahren durch Zuschriften einiger galliger Umbewohner, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlen, die nicht verstehen, daß diese kleinen blassen Körperchen, die trotz der Ferien ans Großstadtpflaster gebannt sind, sich ein wenig austollen wollen. Ruhestörung! Es war ein Irrtum. Der Brunnen ist mißverstanden worden von den Kindern, von den Zuschauern, sogar von dem wackeren Polizeimann, der schmunzelnd vorbeiging und



ebenfalls dachte, es sei ganz in Ordnung so“. Im Gegenteil. „Die Haidhauser hatten das Waten einfach auf eigene Faust eingeführt“ und angesichts der „Hundstage“ die „amtliche Billigung“ vorausgesetzt, muss sich der Journalist von der Stadtverwaltung belehren lassen. Natürlich muss ein Schild her, eine „leuchtende Verbotstafel“ mit der Aufschrift „Waten und Baden verboten“.

Die sarkastische, weder die Stadtverwaltung noch die Miesmacher schonende Reportage stammt aus der Feder des nachmaligen SZ-Chefredakteurs und Herausgebers der Münchner Abendzeitung, Werner Friedmann.

1930 – Karl Valentin plant ein Buch über seine Jugenderlebnisse

München-Lehel * Der Komiker Karl Valentin beginnt „die mir noch in Erinnerung gebliebenen Erlebnisse aus meiner Jugend-, Jünglings- und Mannszeit“ zu sammeln. Das geplante Buch, das „eine Reihe hübscher Jugendbegebenheiten, illustriert von Ludwig Greiner“ enthalten soll, wird so nie veröffentlicht. Die Süddeutsche Sonntagspost bringt ab dem 28. August 1932 einige Auszüge.

Erst 1951 werden „Die Jugendstreiche des Knaben Karl“ veröffentlicht. Gerhard Pallmann gibt eine Zusammenstellung aus Karl Valentins Nachlass heraus.

Oktober 1930 – Die erste Ausgabe des „Illustrierten Sonntag“ erscheint

München * Im neugegründeten „Naturverlag“ erscheint die erste Ausgabe des „Illustrierten Sonntag“ mit Dr. Fritz Gerlich als „Chefredakteur“. Aus der unbedeutenden „Sonntagszeitung“ macht er in nur zwei Jahren ein viel beachtetes „politisches Kampfblatt gegen den Nationalsozialismus“. Gerlich hat sich von einem scharfen Nationalisten mit antidemokratischen Sympathien zu einem erbitterten Gegner Hitlers und einem wütenden Verteidiger der Weimarer Republik entwickelt.

26. April 1931 – „Die Behörden erschwerten ihm die Arbeit auf seiner eigenen Bühne“

München * In der Süddeutschen Sonntagspost heißt es zu Karl Valentins Scheitern im Goethesaal: „Seine Nervenzerrüttung ist in erster Linie auf die zahlreichen, fortgesetzten, paragraphenhaften, kleinlichen Reklamationen zurückzuführen, mit denen die Behörden ihm die Arbeit auf seiner eigenen Bühne erschwerten“.



12. Juli 1931 – Die Auflage des „Illustrierten Sonntags“ steigt auf 100.000 Exemplare

München * Die Auflage des „Illustrierten Sonntags“ steigt von 30.000 Exemplare im Oktober 1930 auf über 100.000 Exemplare an.

3. Januar 1932 – „Der gerade Weg - Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht“

München * Der „Illustrierte Sonntag“ wird in „Der gerade Weg - Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht“ umbenannt.

28. August 1932 – Jugenderinnerungen: „Karl Valentin der Lausbub“

München * In der Süddeutschen Sonntagspost erscheinen unter dem Titel „Karl Valentin der Lausbub“ die Jugenderinnerungen des großen Komikers.

2. Februar 1955 – Wir sind die Cowboys von der Nockher-Ranch

München-Au * Der Cowboy Club München Süd bittet um Baugenehmigung für ein Behelfsclubheim. Auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht belästigen“. In einer Ranch will der Verein einen Clubraum, einen Museumsraum für die wertvolle Sammlung und einen Bibliotheksraum verwirklichen. Die Cirkus-Krone-Verwaltung genehmigt dem Cowboy-Club die Grundstücksnutzung für seine sportlichen und ideellen Zwecke, bis zum beabsichtigten Verkauf des Areals. Seither beherrschen Winnetou und Old Shatterhand den ehemaligen Schmederer-Garten. Eine alte Wehrmachtsbaracke wird mit Hilfe der Pschorrbrauerei und hoher Eigenleistung zur Ranch umgebaut. „Jeden Samstag und Sonntag sind 15 bis 20 Mann ganztätig da. Rund 2.000 Arbeitsstunden werden freiwillig und gern von den Clubmitgliedern geleistet.“ In der Ranch befindet sich der kostbarste Besitz des C.C.M.S., das Indianermuseum. In ihm ist alles Zubehör und Kleidung zu finden, die einen Indianer ausmachen. Köcher aus Büffelleder, Federhauben, Friedens-Pfeifen, Brautmokassins, mit perlenbestickten, bunten Schuhsohlen, sowie Kriegsbeilen, wie sie wirklich waren: schlicht und einfach. In einem eigenen lateinamerikanischen Glaskasten befindet sich ein



Schrumpfkopf.

24. Juni 1962 – Wieder beginnen die Straßenblockaden

München-Schwabing * Sonntag. Die Proteste der Schwabinger Krawalle lassen zwar nach, doch Pressebeobachter zählen immer noch 3.000 Teilnehmer. Sogar Studentengruppen wenden sich nun gegen die Fortsetzung des Protests. Wieder beginnen die Straßenblockaden. Es kommt zu den „härtesten Auseinandersetzungen“, die sich auch an der besonders hohen Zahl von Festnahmen ablesen lässt. Man schiebt die Gewalttätigkeit der Halbstarken-Szene zu. Doch spätere Untersuchungen können diese Mutmaßung nicht bestätigen. Der Anteil der Studenten an den Protestveranstaltungen hat sich gegenüber dem Vortag prozentual sogar erhöht. Laut Polizeibericht kommen über 450 Polizisten zum Einsatz, die 85 Protestierer festnehmen und 13 nachträglich zur Anzeige bringen.

20. März 1980 – Verniedlichung der Wehrsportgruppe Hoffmann

München * Franz Josef Strauß echauffiert sich noch zwei Monate nach dem Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ folgendermaßen: „Mein Gott, wenn sich ein Mann vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen Battledress spazieren geht, dann sollte man ihn in Ruhe lassen.“

Oktober 1984 – Andachten und Spaziergänge verbinden den Widerstand

Wackersdorf * Regelmäßige ökumenische Andachten, Bittgänge und „Sonntags-Spaziergänge“ verbinden kirchliche, bürgerschaftliche und umweltpolitische Formen des Protests.

22. September 1985 – Am ersten Wiesnsonntag findet in der Bräurosl der Gay Sunday statt

München-Theresienwiese • Am ersten Wiesnsonntag findet in der Bräurosl unter dem Motto: „Bayerisch feiern - International schnacksln“ der Gay Sunday statt.

30. März 1986 – Die Osterproteste beginnen



Wackersdorf * Am Ostersonntag demonstrieren rund 30.000 Menschen am WAA-Baugelände. Während die große Mehrheit friedlich protestiert, versuchen kleinere militante Gruppen, den Bauzaun zu beschädigen oder zu überwinden. Die Polizei setzt Wasserwerfer ein. Die Auseinandersetzungen markieren den Beginn eines von heftigen Konflikten geprägten Osterwochenendes.

April 1987 – Der Kampf um die öffentliche Meinung geht weiter

Wackersdorf - Schwandorf * Die DWK und ihre Tochtergesellschaften weiten ihre Öffentlichkeitsarbeit für die Wiederaufarbeitungsanlage aus. Sie betreiben Informationszentren auf dem ehemaligen BBI-Gelände und in Schwandorf, werben für die versprochenen Arbeitsplätze und unterstützen örtliche Einrichtungen und Vereine. Das Sponsoring soll die gesellschaftliche Akzeptanz des Projekts in der Region erhöhen. Die WAA-Gegner setzen ihre vielfältigen Protestaktionen fort. Ökumenische Andachten am Franziskus-Marterl, Sonntagsspaziergänge zum Bauzaun, Blockaden, Kulturveranstaltungen und grenzüberschreitende Aktionen halten den Widerstand öffentlich sichtbar. Der Konflikt wird damit zunehmend auch als Kampf um Zustimmung, Deutungshoheit und gesellschaftlichen Einfluss geführt.

16. Juli 1989 – Wiederbelebung des Kocherlballs am Chinesischen Turm

München-Englischer Garten - Lehel * Zur 200-Jahr-Feier des Englischen Gartens wird die Tradition des Kocherlballs am Chinesischen Turm wiederbelebt. An jedem dritten Sonntag im Juli, um 6 Uhr früh, treffen sich Münchner Traditionalisten und sonstiges Partyvolk zum Tanz bei Volksmusikklängen. Um 10 Uhr endet die Veranstaltung.

Oktober 1997 – Das Berliner Kulturkaufhaus Dussmann umgeht das Ladenschlussgesetz

Berlin * Das Berliner Kulturkaufhaus Dussmann umgeht mit der Prokuristenregel das Ladenschlussgesetz. Leitende Angestellte dürfen in der Hauptstadt auch außerhalb der gesetzlichen Öffnungszeiten arbeiten. Dussmann hat fortan wochentags bis 22.00 Uhr sowie an sechs Sonntagen im Jahr geöffnet.



Juli 1999 – Mit einem Trick die Verkaufsräume am Samstag und am Sonntag geöffnet

Berlin * Der Berliner Kaufhof am Alexanderplatz deklariert sein Angebot komplett als „Berliner Souvenirs“, die gesetzlich auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten verkauft werden dürfen. Mit diesem Trick hält er seine Verkaufsräume am Samstag und am Sonntag geöffnet.

17. November 2006 – Das Land Berlin kippt den Ladenschluss an Werktagen komplett

Berlin * Als erstes Bundesland kippt Berlin den Ladenschluss an Werktagen komplett. Geschäfte können von Montag bis Samstag rund um die Uhr öffnen. Zudem dürfen die Läden auch an den Adventssonntagen und bis zu sechs weiteren Sonntagen öffnen. Das benachbarte Brandenburg, aber auch andere Bundesländer ziehen nach.

1. Dezember 2009 – Öffnung der Adventsonntage der Einzelhandelsgeschäfte verboten

Karlsruhe * Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe untersagt die Freigabe der Adventssonntage zur Öffnung der Einzelhandelsgeschäfte in Berlin. „Die 2006 getroffene Regelung verletzt das Recht der Kirchen auf Religionsfreiheit“, heißt es in der Urteilsbegründung.
